

NACHRICHTEN

CONTEC-FORUM

Vernetzung ist Trumpf

Der stationäre Markt durchlebt unruhige Zeiten. Der Trend zur Konversion könnte, wie auf dem contec-Forum in Bochum deutlich wurde, der Branche den Weg in eine bessere Zukunft weisen.

VON UWE LÖTZERICH

Bochum // Konversion – also das Zusammenwachsen ambulanter und stationärer Versorgungsstrukturen in engem bürgerschaftlichem Kontakt zum Wohnquartier – entwickelt sich zunehmend zum Trend in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft. Vor allem Träger stationärer Pflegeeinrichtungen sind gefordert, mehr in vorstationäre Angebote zu investieren und ambulante Hilfs- und Pflegenetzwerke aufzubauen. Das wurde beim 9. Forum des Management- und Beratungsunternehmens contec in Bochum deutlich.

Den Bereich Konversion und die Entwicklung neuer regionaler Versorgungsstrukturen in der Pflege hat sich auch contec im 25. Jahr seines Bestehens als Top-Thema auserkoren. Mit einer neu formierten Führung wolle die GmbH diese Aufgaben angehen, so Gründer und Firmenchef Detlef Friedrich. Als Geschäftsführer verantworten nunmehr Dietmar Meng (bisher Vorsitzender der Geschäftsführung der Cura/Maternus-Gruppe) und Thomas Müller (bisher Leiter der conQuaesso-Personalberatung der contec) einerseits die Beratung von Groß- und Komplexträgern und andererseits die Personalberatung. Friedrich selbst widmet sich weiterhin der Vernetzung in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft.

Baustellen mit hoher Dynamik

Den aktuellen Pflegemarkt prägen unterschiedliche Tendenzen, die Dietmar Krüger, Vorstand der Bank für Sozialwirtschaft AG, aufzeigte. Robuste regionale Märkte, Felder für Risiko- und Innovationsstrategien, Baustellen mit hoher Dynamik und vielfältige Regulierungen seien anzutreffen. Angesichts von

mehr Beteiligungswünschen älterer Menschen, abnehmender familiärer Versorgungspotenziale für Pflegebedürftige, Fachkräftemangel und unterschiedlicher finanzieller Möglichkeiten der Akteure bestehe vielfältiger Handlungsbedarf.

Für den stationären Markt sagt der neue contec-Geschäftsführer Meng eine langsamere Konsolidierung voraus, als von vielen erwartet wird. Noch immer gebe es etwa 5 000 Träger von rund 12 300 stationären Einrichtungen. Verstärkte Aktivitäten im vorstationären Bereich durch ambulante Beratungs-, Hilfs-, Pflege- und Serviceangebote, mehr Engagement in der frühen Kundenbindung und der sektoreübergreifenden Vernetzung ihrer Angebote seien künftig erfolgversprechend für stationäre Träger.

„Natürlich wirkt sich der Ausbau des vorstationären Bereichs unmittelbar auf das Bedarfs- und Anforderungsprofil für stationäre Pflege aus“, sagte Meng. Angesichts der unterschiedlichen Bedarfe und finanziellen Möglichkeiten der Kunden benötige der vorstationäre Bereich sowohl gute preiswerte als auch gute höherwertige Angebote. Mengs Prognose: „Der vorstationäre Bereich gleicht letztlich erwartbar schrumpfende Margen im stationären Bereich aus.“

Engagiert plädierte der erfahrene Manager nur für hochwertige, auch für die bessere medizinische Bewohnerversorgung ausgelegte Ersatzbauten von Heimen anstelle von Neubauten, für eine Spezialisierung der Einrichtungen nach regionaler Marktlage, für höchste Professionalität der Leistungen und Exzellenzorientierung der Entscheider.

Enttäuscht über die Pflegepolitik der Bundesregierung zeigte sich das komplette Podium der Eröffnungsdiskussion. Der Bericht des von



Foto: Ruth Friedrich

Sieht vielfältigen Handlungsbedarf: die neue contec-Spitze mit Dietmar Meng, Detlef Friedrich und Thomas Müller (von links).

Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) eingesetzten zweiten Beirats zur Definition eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs sei bewusst erst am vorletzten Tag vor der politischen Sommerpause vorgelegt worden. Daher bleibe keine Zeit mehr, ihn im Gesundheitsausschuss zu diskutieren.

Teilhabe der Betroffenen stärken

„Nun sind wieder einige Jahre für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen ohne funktionierendes Leistungsrecht ins Land gegangen“, machte Dr. Jürgen Gohde, Vorsitzender des Kuratoriums Deutsche Altershilfe (KDA), seinem Unmut Luft. Schon der erste, von ihm geleitete Beirat hatte im Mai 2009 konstatiert, dass ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff mehr Gerechtigkeit in der Bewertung von somatischen, gerontopsychiatrischen oder psychischen Einschränkungen bringen könne. Damit könnten vorhandene Ressourcen der Betroffenen besser erfasst und Ansätze geliefert werden, um Pflegebedürftigkeit durch verstärkte Rehabilitation zu vermeiden und die Teilhabe der Betroffenen zu stärken. Gohdes Kommentar zum Hinweis des zweiten Beirats,

weitere Studien seien notwendig: „Wenn ich etwas verhindern will, verlange ich neue Studien.“

Der neue Bericht enthalte weder einen Handlungsauftrag noch Empfehlungen, bemängelte Elisabeth Scharfenberg, Pflegeexpertin der Grünen im Bundestag. Konkrete Daten zu zusätzlichen Kosten und deren Finanzierung fehlten, da sich Union und FDP nicht auf die Finanzierung einigen konnten. Großen Beifall erhielt sie für ihre Forderung, den „auf ganzer Linie gescheiterten“ Pflege-TÜV vorübergehend aussetzen.

Einig war sich die Runde, dass eine grundlegende Pflegereform eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Bundesregierung nach der Wahl am 22. September sein müsse. Geld sei schließlich genug da. Armin Lang, Vorsitzender des Sozialverbands VdK Deutschland: „Was politisch gewollt ist, wird schnell umgesetzt. So werden für die Flutopfer von Bund und Ländern umgehend acht bis zwölf Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.“ Nun gelte es, endlich das komplexe Thema Pflege in den Fokus der Politik zu rücken.

■ www.contec.de

NEWTICKER

Altpeter: Kultursensible Pflege stärken und ausbauen

Angesichts der steigenden Anzahl von Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund möchte Baden-Württembergs Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD) kultursensible Pflegeangebote stärken und mehr Menschen mit ausländischen Wurzeln für die Pflegeberufe gewinnen. „Pflegekräfte mit eigenem Migrationshintergrund und der Befähigung, die Menschen in ihrer eigenen Lebenswelt zu begreifen und wertzuschätzen, sind ein großer Gewinn für Pflegeeinrichtungen.“

Wallmenich-Preis geht an Amberger Arbeitsgruppe

Für ihr „Konzept für die Versorgung von Menschen mit Demenz“ hat die Arbeitsgruppe Demenz unter der Leitung von Rotkreuzschwester Doris Matyeka am Klinikum St. Marien Amberg in der Oberpfalz den mit 2 500 Euro dotierten Clementine von Wallmenich-Preis gewonnen. Mit dieser Auszeichnung ehrt der Verein der Freunde und Förderer der Werner-Schule vom Deutschen Roten Kreuz (DRK) in Göttingen alle zwei Jahre besondere Leistungen in der professionellen Pflege.

DZNE-Wissenschaftlerinnen ausgezeichnet

Für ihre Dissertationen zum Themenbereich „Verstehende Diagnostik in der Versorgung von Menschen mit Demenz und herausforderndem Verhalten in Einrichtungen der stationären Altenhilfe“ haben die Pflegewissenschaftlerinnen Dr. Daniela Holle und Dr. Margareta Halek vom Deutschen Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE) den „Cäcilia-Schwarz-Förderpreis für Innovationen in der Altenhilfe“ des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge erhalten. Mit dem Preis zeichnet der Verein wissenschaftliche Arbeiten aus, deren Erkenntnisse dazu beitragen, dass älteren Menschen ein hohes Maß an selbstständiger Lebensweise ermöglicht werden kann.

PFLEGEKAMMER IN BAYERN

Starker Widerstand

München // In Bayern weitet sich der Protest gegen die mögliche Schaffung einer Pflegekammer aus. In seltener Einmütigkeit haben sich die bayerische Wirtschaft, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände gegen eine solche Einrichtung ausgesprochen.

So warnen unter anderem das Bayerische Rote Kreuz (BRK), die vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Arbeitgeberverband Pflege vor zusätzlicher Bürokratie. „Eine Pflegekammer würde die Attraktivität des Pflegeberufes schwächen, kein besseres Image für den Bereich der Pflege mit sich bringen und Pflegerinnen und Pfleger keinen Mehrwert bieten,“ heißt es gemeinsamen Erklärung der Verbände und Organisationen.

Pläne für eine Pflegekammer gibt es in Bayern seit mehreren Jahren, angestoßen vom früheren Landesgesundheitsminister Markus Söder (CSU), der Anfang 2011 das Projekt mit den Worten verteidigte: „Wer gegen eine Kammer ist, ist gegen die Pflege.“ Die mitregierende FDP lehnt die Pläne aber ebenfalls ab.

Im April hatte Gesundheitsminister Marcel Huber (CSU) eine großangelegte Umfrage unter Pflegekräften zu dem Thema gestartet. Sie soll klären, ob die Pflegekräfte die Einführung einer Kammer befürworten. Ergebnisse sollen in den nächsten Wochen vorliegen.

(dpa/ck)

■ www.pflegekammer-bayern.de/

KRIEGSKINDER IN DER PFLEGE

Lebenslanges Trauma

Kronshagen // Einen sensiblen Umgang mit den Lebensgeschichten von pflegebedürftigen alten Menschen haben Experten auf einer Fachtagung über die Spätfolgen von Kriegserlebnissen in Kronshagen bei Kiel gefordert. Hintergrund sind Erfahrungen mit Pflegebedürftigen, deren Handlungen auf den ersten Blick nicht einzuordnen und auf Kriegserlebnisse zurückzuführen sind.

Rund 30 Prozent der Kriegsgeneration seien Schätzungen zufolge traumatisiert, sagte Prof. Dr. Hartmut Radebold, Altersforscher und so etwas wie der Begründer der deutschsprachigen Alterspsychiatrie. Doch das repräsentative Wissen zu diesem Thema sei sehr begrenzt. Der Psychiater und Psy-

choanalytiker, selbst Jahrgang 1935, fordert mehr Forschung über die Erlebnisse seiner Generation während des Krieges, über die Zeit danach und über die Hilfen. Fest steht für Radebold, dass Ärzte und Psychotherapeuten nicht ausreichend auf die Erlebnisse der Kriegskinder vorbereitet sind.

Um Pflegenden auf traumatisierte alte Menschen vorzubereiten, haben die Arbeiterwohlfahrt (AWO) Schleswig-Holstein und der Verein Kriegskind.de einen Leitfaden entwickelt. Darin werden typische Pflegesituationen und deren Auswirkungen beschrieben und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt.

■ Der Leitfaden als kostenloser Download unter bit.ly/10zG60z

ZAHLE DER WOCHE

134

Krankenkassen gab es am 1. Januar 2013 in Deutschland. Das hat der GKV-Spitzenverband bekanntgegeben. Durch Fusionen ist die Zahl der Kassen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten stark zurückgegangen. Zum Vergleich: Im Jahr 1970 zählte man in der Vor-Wende-Bundesrepublik noch 1 815 Krankenkassen...